

Antrag Förderung der Forstwirtschaft

Gewährung einer Zuwendung zur Bodenschutzkalkung

Über
Forstamt

Antrags-Nr.:

--	--	--	--	--

An
Zentralstelle der Forstverwaltung
- Obere Forstbehörde –
Le Quartier-Hornbach 9
67433 Neustadt an der Weinstraße

Eingang Forstamt

Eingang ZdF

Hinweis:
1. Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen
2. Die grauen Felder werden von der Bewilligungsbehörde ausgefüllt
3. Bitte das beiliegende Merkblatt beachten

1. ANTRAGSTELLER(IN): (Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen)

1.1	Bei Einzelunternehmen / Privatpersonen:										
	Name	Vorname	Geburtsdatum								
			<table border="1" style="display: inline-table; border-collapse: collapse; text-align: center; width: 100px; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 20px; height: 15px;">T</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">T</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">M</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">M</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">J</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">J</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">J</td> <td style="width: 20px; height: 15px;">J</td> </tr> </table>	T	T	M	M	J	J	J	J
T	T	M	M	J	J	J	J				
	Bei allen anderen Rechtsformen:										
	Unternehmensbezeichnung										
1.2	Vollständige Postanschrift / Sitz des Unternehmen:	Zustelladresse, wenn abweichend:									
									
									
									
1.3	Kontaktdaten										
	Ansprechpartner falls von lfd. Nr. 1.4 abweichend *		Telefon (tagsüber erreichbar) *								
	E-Mail *		FAX-Nr. *								
1.4	Unterschriftsberechtigter (Vertretungsberechtigter des Unternehmens, bzw. Bevollmächtigter), wenn von den vorgenannten Angaben zu Antragsteller(in) abweichend:										
	Name	Vorname	Funktion								
								
1.5	Bankverbindung										
	IBAN (22-stellig)										
	BIC (11-stellig)										
	Name der Bank										

*) = Freiwillige Angaben für vereinfachte Rückfragen

1.6	<p>Europaweite Unternehmensnummer / Identifikationsnummer (ohne Angabe keine Auszahlung möglich)</p> <table border="1" style="width: 100%; height: 20px;"> <tr> <td style="width: 33.33%;"></td> <td style="width: 33.33%;"></td> <td style="width: 33.33%;"></td> </tr> </table> <p style="text-align: right;">Bitte immer angeben!</p> <p>Ein Zahlantrag kann erst gestellt werden, wenn die Stammdaten, die bei der Kreisverwaltung hinterlegt sind (Europaweite Unternehmensnummer, Bankverbindung und Adresse), mit denen der forstlichen Förderung übereinstimmen. Falls nicht, ist keine Auszahlung möglich! Die Stammdaten müssen bei der Kreisverwaltung aktualisiert werden!.</p>			
1.7	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband</td> <td style="width: 50%;"><input type="checkbox"/> Privater Waldbesitzer</td> </tr> </table>	<input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband	<input type="checkbox"/> Privater Waldbesitzer	
<input type="checkbox"/> Kommunale Gebietskörperschaft oder kommunaler Zweckverband	<input type="checkbox"/> Privater Waldbesitzer			
1.8	<p>Der Antragsteller ist Kleinunternehmen oder kleines bzw. mittleres Unternehmen gem. Anhang I VO (EU) Nr. 702/2014 (siehe nachfolgende Definition; Kommunen gelten im beihilferechtlichen Sinn immer als große Unternehmen!)</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Als Unternehmen gilt jede Einheit, unabhängig von ihrer Rechtsform, die eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt. Dazu gehören insbesondere auch jene Einheiten, die eine handwerkliche Tätigkeit oder andere Tätigkeiten als Einzelpersonen- oder Familienbetriebe ausüben, sowie Personengesellschaften oder Vereinigungen, die regelmäßig einer wirtschaftlichen Tätigkeit nachgehen.</i></p> <p><i>Die Gruppe der Kleinunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft.</i></p> <p><i>Gem. Artikel 3 Unterabsatz 4 des Anhanges I zur VO 702/2014 zählen <u>Kommunen, also auch kommunale Forstbetriebe</u>, immer zu den großen Unternehmen, unabhängig von ihrer Größe und ihrem Jahreshaushalt</i></p> <p><i>Weitere Erläuterungen: siehe Anhang I VO (EU) Nr. 702/2014</i></p>			
1.9	<p>Ist das Unternehmen in Schwierigkeiten (siehe nachfolgende Definition)?</p> <p><input type="checkbox"/> ja (Bei kommunalen Antragstellern <u>und</u> Sammelantrag sind die betroffenen Kommunen aufzuführen:)</p> <hr/> <p><input type="checkbox"/> nein</p> <p><i>Definition „Unternehmen in Schwierigkeiten“: Unternehmen, auf das mindestens einer der folgenden Umstände zutrifft:</i></p> <p><i>Im Falle von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (ausgenommen Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte des gezeichneten Stammkapitals ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Dies ist der Fall, wenn sich nach Abzug der aufgelaufenen Verluste von den Rücklagen (und allen sonstigen Elementen, die im Allgemeinen den Eigenmitteln des Unternehmens zugerechnet werden) ein negativer kumulativer Betrag ergibt, der mehr als der Hälfte des gezeichneten Stammkapitals entspricht. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ insbesondere auf die in Anhang I der Richtlinie 2013/34/EU des Europäischen Parlaments und des Rates (31) genannten Arten von Unternehmen und der Begriff „Stammkapital“ umfasst gegebenenfalls alle Agios.</i></p> <p><i>Im Falle von Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften (ausgenommen Kleinunternehmen, kleine und mittlere Unternehmen, die noch keine drei Jahre bestehen): Mehr als die Hälfte der in den Geschäftsbüchern ausgewiesenen Eigenmittel ist infolge aufgelaufener Verluste verlorengegangen. Für die Zwecke dieser Bestimmung bezieht sich der Begriff „Gesellschaften, bei denen zumindest einige Gesellschafter unbeschränkt für die Schulden der Gesellschaft haften“ insbesondere auf die in Anhang II der Richtlinie 2013/34/EU genannten Arten von Unternehmen.</i></p> <p><i>Das Unternehmen ist Gegenstand eines Insolvenzverfahrens oder erfüllt die im innerstaatlichen Recht vorgesehenen Voraussetzungen für die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Antrag seiner Gläubiger.</i></p> <p><i>Das Unternehmen hat eine Rettungsbeihilfe erhalten und der Kredit wurde noch nicht zurückgezahlt oder die Garantie ist noch nicht erloschen beziehungsweise das Unternehmen hat eine Umstrukturierungsbeihilfe erhalten und unterliegt immer noch einem Umstrukturierungsplan.</i></p> <p><i>Im Falle eines Unternehmens, das kein Kleinunternehmen, kleines oder mittleres Unternehmen ist: In den letzten beiden Jahren betrug der buchwertbasierte Verschuldungsgrad des Unternehmens mehr als 7,5 und das anhand des EBITDA berechnete Zinsdeckungsverhältnis des Unternehmens lag unter 1,0.</i></p> <p><i>Im Falle von kommunalen Antragstellern: Die Haushaltssatzung der Kommune ist nicht gemäß § 97 GemO öffentlich bekannt gemacht oder für die Kommune ist ein Staatsbeauftragter gem. § 124 GemO bestellt.</i></p>			
1.10	<p>Hat das Unternehmen im Falle einer Rückforderung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Rechtswidrigkeit und Unvereinbarkeit einer Beihilfe mit dem Binnenmarkt diese Rückforderung geleistet?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> entfällt</p>			

2. Allgemeine Angaben:

2.1	<p>Die im Antrag betroffenen Waldflächen befinden sich in meinem / unserem</p> <p><input type="checkbox"/> Eigentum (bei Eigentümergemeinschaften, z.B. Erbengemeinschaften die Einverständniserklärung aller Miteigentümer beilegen)</p> <p><input type="checkbox"/> Besitz (z.B. als Pachtfläche: Einverständniserklärung des Eigentümers)</p> <p><input type="checkbox"/> Ich bin geschäftsführend für die Ortsgemeinde(n) tätig (Verbandsgemeinde, Zweckverband)</p> <p><input type="checkbox"/> Wir sind ein Zusammenschluss von Waldbesitzern</p> <p><input type="checkbox"/> Wir sind Träger einer gemeinschaftlichen Bodenschutzkalkung im Privatwald.</p>
2.2	<p>Trifft für die beantragten Kalkungs-Projekte/Flächen eine oder mehrere nachstehenden Feststellungen zu?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p> <p><u>Wichtig:</u></p> <p>Für <u>alle</u> Projekte/Flächen, für die mit diesem Antrag die Förderung beantragt wird, müssen die nachstehenden Feststellungen mit „nein“ zu beantworten sein. Projekte/Flächen, für die bei einer oder mehreren Feststellungen ein „ja“ gelten würde, sind <u>nicht förderfähig</u>. Für sie darf die Förderung nicht beantragt werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Antragsteller ist der Bund, das Land oder eine juristische Person, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in den Händen des Bundes oder des Landes befindet. • Die Fläche / Eine Teilfläche, auf der das Vorhaben stattfinden soll, steht im Eigentum/Miteigentum des Bundes oder des Landes. • Die Fläche / Eine Teilfläche, auf der das Vorhaben stattfinden soll, steht im Eigentum/Miteigentum einer juristischen Person, deren Kapitalvermögen sich zu mindestens 25 % in Händen von Bund oder Ländern befindet. • Das Vorhaben findet auf einer Fläche/Teilfläche statt, die mir/uns zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen worden ist. • Die beantragte Maßnahme findet auf einer Fläche/Teilfläche statt, die außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt. • Bei der beantragten Maßnahme handelt es sich um eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme, die im Zusammenhang mit behördlichen Anordnungen/Auflagen aus einem anderen Verwaltungsakt steht • Für die beantragte Maßnahme werden Zuwendungen nach anderen Förderbestimmungen beantragt oder sind bereits gewährt..

3. Angaben zum Vorhaben:

3.1	Das Vorhaben liegt/ die Vorhaben im Landkreis:	Landkreis-Nr. <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/>
3.2	Das Vorhaben liegt / die Vorhaben liegen im Bezirk des Forstamtes:	Forstamts-Nr. <input type="text"/> <input type="text"/>
3.3	Die Fläche des <u>gesamten Kalkungsgebietes</u> beträgt Hektar:: (soweit bekannt, ggf. beim Forstamt nachfragen)	
3.4	Dieser Förderantrag enthält <input type="checkbox"/> ein Teil der Flächen des o.g. gesamten Kalkungsgebietes <input type="checkbox"/> das gesamte Kalkungsgebiet	
3.5	Beginn der Maßnahme: Tag/Monat / Jahr (voraussichtlich)	Geplante Fertigstellung bis: Tag/Monat / Jahr (voraussichtlich)
3.6	Die antragsbezogenen Bagatellgrenzen von 500,-€ bei privaten und öffentlichen Antragstellern lt. dem Merkblatt zur Beantragung werden voraussichtlich erreicht. <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <i>Wenn „nein“ ist der Antrag nicht förderfähig.</i>	
3.7	Wurde mit dem Vorhaben begonnen? <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein Falls „ja“: keine Förderung möglich; Ausnahme: der vorzeitige Maßnahmenbeginn (Vorabgenehmigung) wurde von der Bewilligungsbehörde mit dem Schreiben vom zugelassen.	

--	--	--	--	--	--

4. Beantragung der Gesamtzuwendung:

Für die Herleitung der Zuwendung verwenden Sie die „Anlage Projektblatt Bodenschutzkalkung“.

Die Beantragung kann über sog. Sammelanträgen für mehrere Waldbesitzer (z.B. eine Verbandsgemeinde oder ein forstwirtschaftlicher Zusammenschluss stellt ein Antrag für seine Mitglieder) erfolgen, ggf. auch bei unterschiedlichen Fördersätzen. Für die Beteiligten ist jeweils getrennt für diese Flächen/Teile des Kalkungsgebietes - die „Anlage Projektblatt Bodenschutzkalkung“ dem Antrag beizufügen. Übernehmen Sie die dort berechnete Zuwendung in die nachfolgende Tabelle.

4.1 Ich beantrage folgende Gesamtzuwendung gemäß den in der Anlage beigefügten Projektblättern:

vom Antragsteller auszufüllen			Prüffeld, wird von den Behörden ausgefüllt			
Projekt Nr.	Waldbesitzer	beantragte Zuwendung in [€]	laut Prüffeststellung der unteren Forstbehörde hergeleitete Zuwendung in [€]	Festsetzung der Bewilligungsbehörde		
				Bewilligte Zuwendung in [€]	Fläche in [ha]	Hinweis Nr.
Gesamtzuwendung:						
		 Datum / Nz. Datum / Nz.		

Hinweise zu Festsetzung der Bewilligungsbehörde:

.....

.....

.....

.....

- Hinweis Nr 1 = 90% Förderung, Nr. 2 = 100% Förderung ohne MwSt., Nr. 3 = 100% Förderung mit MwSt ..

5. Erklärungen des Antragstellers:

5.0	<p>Die Richtlinien für die forstliche Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sowie die jeweils für mich geltenden Allgemeinen Nebenbestimmungen für die Zuwendungen zur Projektförderung (ANBestP bzw. ANBestK) sind mir bekannt. Ich erkenne deren Inhalt sowie die für die Förderung geltenden Rechtsgrundlagen (EU-Verordnungen, Rechtsvorschriften des Bundes und des Landes) und die nachstehenden Bestimmungen durch meine Unterschrift als verbindlich an.</p> <p>Hinweis <i>Die forstlichen Förderrichtlinien und die Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung finden Sie auf der Homepage von Landesforsten Rheinland-Pfalz (www.wald-rlp.de). Auf Anforderung werden Ihnen die Unterlagen auch übersandt.</i></p>
5.1	<p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann. - kein Rechtsanspruch auf Gewährung der beantragten Zuwendung besteht. Die Bewilligungsbehörde entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. - die Zuwendung nach Vorlage des Zahlantrags/Verwendungsnachweises im Auszahlungsbescheid endgültig festgesetzt wird.
5.2	<p>Ich verpflichte mich, die Zuwendung zurückzuzahlen und die anfallenden Zinsen zu zahlen, soweit ein Bewilligungsbescheid nach den Bestimmungen des Verwaltungsverfahrensgesetzes oder nach anderen Rechtsvorschriften ganz oder teilweise zurückgenommen oder widerrufen wird.</p>
5.3	<p>Ich weiß, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - ich als die Zuwendung empfangende Person die sich auf die Zuwendung beziehenden Unterlagen, Aufzeichnungen, Belege, Bücher oder Karten für die Dauer von 10 Jahren aufzubewahren habe, soweit nicht nach anderen Rechtsvorschriften eine andere Aufbewahrung vorgeschrieben ist. Die Frist beginnt mit dem ersten Tag des Kalenderjahres, das auf das Kalenderjahr folgt, in dem die Zuwendung ausgezahlt wurde. - im Falle der Eröffnung eines Gesamtvollstreckungs- oder Insolvenzverfahrens umgehend die zuständige Bewilligungsstelle über diesen Sachstand zu informieren ist.
5.4	<p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - von der Bewilligungsstelle alle Unterlagen (auch rückwirkend), die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen und der Höhe der Zuwendung erforderlich sind, angefordert werden können. - die Bewilligungsstelle entsprechend den Beihilfavorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann. - die Nichteinhaltung der Fördervoraussetzungen zu Kürzungen oder der Versagung der Zuwendung führen kann. - ich bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben sowie bei Nichteinhaltung der Auflagen innerhalb der Bindungsfrist die erhaltenen Zuwendungen ganz oder teilweise, ggf. mit Zinsen, zurückzahlen muss.
5.5	<p>Hinweise zum Datenschutz und zu Europäischen Vorgaben bzgl. Veröffentlichung</p> <p>Ich weiß, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - die mit dem Antrag einschließlich Anlagen erhobenen Daten im Rahmen des Antragsverfahren benötigt und durch Landesforsten Rheinland-Pfalz zur Feststellung der Förderberechtigung und –höhe, sowie zur Erstellung von vorgeschriebenen Berichten oder für statistische Zwecke genutzt, weiterverarbeitet und gespeichert werden. <p>Ich habe jederzeit ein Recht auf Auskunft hinsichtlich der mich betreffenden Daten und stimme mit der Unterzeichnung des Antrags der Verarbeitung personenbezogener Daten zu.</p> <p>Die Datenschutzhinweise können auf der Homepage von Landesforsten Rheinland-Pfalz (https://www.wald-rlp.de/de/start-landesforsten-rheinland-pfalz/service/dsgvo/) abgerufen werden. Auf Anforderung werden Ihnen die Unterlagen auch übersandt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Beihilfeempfänger, die mit Stichtag 01.07.2016 jährlich mehr als 500.000 € an Beihilfe erhalten, auf einer Beihilfe-Webseite des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht werden. (Ziffer 128 der „Rahmenregelung der Europäischen Union für staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten 2014-2020“ (2014/C 204/01).
5.6	<p>Beschäftigteneinsatz</p> <p>Ich erkläre, dass ich zur Umsetzung der Maßnahme auch bei Beauftragung von Dritten keine illegal Beschäftigten einsetzen werde. Ich versichere, dass in den letzten 5 Jahren gegen mich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) keine Geldbuße von wenigstens 2.500 € nach § 404 Absatz 2 Nummer 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch rechtskräftig verhängt wurde oder ich (Antragsteller bzw. nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigter) nach den §§ 10, 10a oder 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz zu keiner Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen rechtskräftig verurteilt wurde.</p>

5.7	<p>Abweichung von den Antragsangaben / Wechsel des Nutzungsberechtigten</p> <p>Ich teile jede Abweichung von den Antragsangaben und jeden Wechsel des Nutzungsberechtigten während der Dauer der von mir übernommenen Verpflichtungen sowie jede beihilferelevante Änderung meiner Unternehmensverhältnisse durch Abgabe einer schriftlichen Erklärung gegenüber der Bewilligungsstelle mit. Ich bleibe verantwortlich für die weitere Einhaltung der Verpflichtungen beim Übergang des Forstbetriebes (ganz oder teilweise) auf einen anderen Nutzungsberechtigten während der Zeit der Verpflichtungsdauer, es sei denn, der Nachfolger übernimmt die Verpflichtungen für die restliche Dauer der Verpflichtungszeit durch Abgabe einer entsprechenden schriftlichen Erklärung gegenüber der Bewilligungsstelle.</p>
5.8	<p>Kontrollen</p> <p>Mir ist bekannt, dass die zuständigen Behörden und Stellen berechtigt sind, Prüfungen und Kontrollen bei mir als Zuwendungsempfänger durchzuführen und dass ich die für die Prüfungen und Kontrollen erforderlichen Unterlagen bereitzuhalten und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen habe.</p> <p>Mir ist bekannt, dass die mir durch die Evaluations- und Kontrollmaßnahmen entstehenden Aufwendungen nicht erstattet werden.</p>
5.9	<p>Subventionen</p> <p>Mir ist bekannt, dass die Zuwendungen nach diesen Richtlinien Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen die missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG) vom 29. Juli 1976 (BGBl.I S. 2034, 2037) sind.</p> <p>Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne von § 264 (8) StGB sind folgende Tatsachen:</p> <p><u>A. Tatsachen, die für die Bewilligung und Gewährung einer Zuwendung erheblich sind:</u></p> <p>a) zum Antragsteller:</p> <ul style="list-style-type: none">- Name, Adresse und Empfängerbetriebsnummer des Antragstellers- Bankverbindung, ggf. Kontoinhaber- Angaben zu den Rechtsverhältnissen des Antragstellers und den Eigentumsverhältnissen der Projektflächen <p>b) zum Fördervorhaben:</p> <ul style="list-style-type: none">- Maßnahmenbezeichnung- Angabe, dass die Maßnahme nicht auf Flächen stattfindet, die dem Zuwendungsempfänger zum Zwecke des Naturschutzes unentgeltlich übertragen wurden.- Angabe, dass die beantragte Maßnahme nicht auf einer Fläche/Teilfläche stattfindet, die außerhalb von Rheinland-Pfalz liegt.- Angabe, dass es sich bei der beantragten Maßnahme nicht um eine Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahme handelt, die im Zusammenhang mit behördlichen Anordnungen / Auflagen aus einem anderen Verwaltungsakt steht.- Waldortsbezeichnung- Angaben zu mit 1. Rate geförderten / bei Baumartenwechsel genehmigten Baumarten- Angaben zu mit 1. Rate geförderten Flächengrößen bzw. Stückzahlen- Angaben zur Größe gesicherter Flächen bzw. zur Anzahl gesicherter Pflanzen <p>c) Beschäftigteneinsatz</p>

	<p><u>B. Tatsachen, die für die Weitergewährung, Inanspruchnahme, das Belassen oder die Rückforderung der Zuwendung von Bedeutung sind</u></p> <p>Subventionserheblich sind ferner folgende Tatsachen, die der Bewilligungsstelle während der Durchführung des Fördervorhabens und gegebenenfalls auch noch nach Vorlage des Verwendungsnachweises nach den Bestimmungen des Zuwendungsbescheides einschließlich Anlagen und Nebenbestimmungen mitzuteilen sind:</p> <ul style="list-style-type: none">- wenn der Zuwendungsempfänger weitere Zuwendungen für denselben Zweck bei öffentlichen Stellen beantragt oder sich die im Antrag bzw. Zahlantrag / Verwendungsnachweis für den Zuwendungszweck angegebenen Gesamtausgaben ermäßigen oder sich die Finanzierungsmittel erhöhen oder neue Finanzierungsmittel hinzutreten (Nr. 5.1 ANBest-P bzw. ANBest-K),- wenn der Verwendungszweck oder sonstige für die Bewilligung maßgebliche Umstände sich ändern oder wegfallen (Nr. 5.2 ANBest-P bzw. ANBest-K),- wenn sich herausstellt, dass der Verwendungszweck nicht oder mit der bewilligten Zuwendung nicht zu erreichen ist (ANBest-P bzw. ANBest-K Nr. 5.3),- wenn die ausgezahlten Beträge nicht innerhalb von zwei Monaten nach Auszahlung verbraucht werden können (ANBest-P bzw. ANBest-K Nr. 5.4),- wenn zu inventarisierende Gegenstände innerhalb der zeitlichen Bindung nicht mehr entsprechend dem Verwendungszweck verwendet oder nicht mehr benötigt werden (ANBest-P bzw. ANBest-K Nr. 5.5),- wenn ein Konkurs- oder Vergleichsverfahren gegen den Zuwendungsempfänger beantragt oder eröffnet wird (ANBest-P Nr. 5.6). <p>Subventionserheblich sind ferner die Tatsachen im Zahlantrag/Verwendungsnachweis, die die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen.</p> <p><u>C. Scheingeschäfte, Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten</u></p> <p>Subventionserhebliche Tatsachen sind schließlich solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung (vgl. § 4 des Subventionsgesetzes).</p> <p>Ich bestätige urschriftlich, dass ich von den genannten subventionserheblichen Tatsachen Kenntnis habe.</p> <p>Mir ist bekannt, dass</p> <ul style="list-style-type: none">- Subventionsbetrug nach § 264 StGB strafbar ist.- ich verpflichtet bin, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Änderungen der oben aufgeführten Tatsachen mitzuteilen.- ich nach § 3 Abs. 1 des Subventionsgesetzes verpflichtet bin, der Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, der Weitergewährung, der Inanspruchnahme oder dem Belassen der Zuwendung entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind.- falsche, unvollständige oder unterlassene Angaben zur Strafverfolgung führen können.- die Zuwendungen bei falschen, unvollständigen oder unterlassenen Angaben oder bei Nichterfüllung oder nicht rechtzeitiger Erfüllung oder Einhaltung der Bedingungen und Auflagen bzw. der übernommenen Verpflichtungen ganz oder teilweise zurückgefordert werden können.- die Bewilligungsbehörde verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, der Strafverfolgungsbehörde mitzuteilen.
5.10	<p><u>Publizität</u></p> <p>Mir ist bekannt, dass, falls die Maßnahme ein Investitionsvolumen von 50.000,- € überschreitet, ich als Zuwendungsempfänger nach Förderung der Maßnahme die Öffentlichkeit gem. den Vorgaben des Bewilligungsbescheides auf die finanzielle Beteiligung des Bundes hinweisen muss.</p>

6.	Anlage(n): <ul style="list-style-type: none"><input type="checkbox"/> Bei Pachtverhältnissen Einverständniserklärung des Eigentümers, Anzahl:<input type="checkbox"/> Bei Bevollmächtigten Vollmacht, Anzahl:<input type="checkbox"/> Karte mit eingezeichnetem zur Förderung vorgesehenem gesamten Kalkungsgebiet und falls für das Kalkungsgebiet mehrere, getrennte Förderanträge gestellt werden, farblich unterschiedliche Darstellung, für die einzelnen Förderanträge<input type="checkbox"/> Anlage „Projektblatt - Bodenschutzkalkung“ Anzahl: incl. Flächenherleitung<input type="checkbox"/> Bei Beantragung der 100% Förderung incl. Umsatzsteuer die Bestätigung des Finanzamtes, dass keine Vorsteuerabzugsberechtigung vorliegt. (Ausnahme Sammelantrag für Kleinprivatwald durch Verbandsgemeinde) Anlage „Bescheinigung Finanzamt zwecks Förderung 100% incl MwSt“ Anzahl:<input type="checkbox"/> Kopie des Gutachten des Kalkungsberaters
-----------	--

Ich / Wir versichere/n, dass die in diesem Antrag und der/den Anlage/n enthaltene Angaben richtig und vollständig sind.

Ort, Datum

Unterschrift des Antragsstellers, des Vertretungsberechtigten, bzw. Bevollmächtigten;
bei Unternehmen und bei kommunalen Gebietskörperschaften zusätzlich Stempel

Name, Vorname (in Druckbuchstaben)